

Teil II: Radikale Neuformulierung

Als Fürst Metternich, ein Österreicher, vom Tod des bis dahin unangreifbaren französischen Diplomaten Talleyrand erfuhr, soll er misstrauisch gesagt haben: „Ich frage mich, was er damit meinte.“

Apokryph oder nicht, die Anekdote stellt im Grunde nur die Frage, die an jedes diplomatische Handeln zu stellen wäre. Sie ist richtig, weil sie uns zwingt, eine Aussage oder eine Strategie auf ihre verborgenen Motive zu überprüfen oder, in der Sprache der sozialen Theorie, ihren Deutungsrahmen zu ermitteln und zu definieren. Je stärker besetzt das Problem ist, desto mehr unterschiedliche Deutungsrahmen dürfte es geben, oder desto mehr verborgene Agenden hinter einem einzigen Deutungsrahmen. Bezogen auf den Klimawandel hat einer der Koautoren dieses Papiers bereits vor über einem Jahrzehnt auf diesen wesentlichen Punkt aufmerksam gemacht (Thompson und Rayner 1998), und Mike Hulme (2009) hat sich erst kürzlich ausführlich mit den vielen verschiedenen Deutungsrahmen der Klimadiskussion beschäftigt.

Wie könnte eine alternative Strategie zur Erreichung dieser drei Primärziele in der Praxis aussehen? Sie sollte *politisch attraktiv* sein, es uns also erlauben, mit einer Reihe von kleinen Schritten rasch zu vorzeigbaren Ergebnissen zu kommen, und uns auf diese Weise helfen, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Sie sollte *politisch inkludierend* sein, also von ihrer ganzen Anlage her pluralistisch. Und sie sollte *kompromisslos pragmatisch* sein, also in erster Linie auf einen Fortschritt ausgerichtet, der kurzfristig wie langfristig messbar ist. Mit der Formulierung dieser Ziele machen wir uns einen Deutungsrahmen zu eigen, der die Bedeutung, die der Gedanke eines vom Menschen verursachten Klimawandels für die Welt - und damit für die praktische Politik – des beginnenden 21. Jahrhunderts hat, radikal anders fasst.

Der erste Schritt ist, *anzuerkennen, dass Energiepolitik und Klimapolitik nicht dasselbe sind*. Zwar hängen sie eng zusammen, doch lassen sie sich nicht ohne weiteres aufeinander reduzieren. Energiepolitik sollte sich auf die Gewährleistung einer zuverlässigen, nachhaltigen und kostengünstigen Energieversorgung konzentrieren und sich im Sinne der Menschenwürde direkt um den Ent-

wicklungsbedarf der ärmsten Menschen der Welt kümmern, insbesondere um ihren gegenwärtigen Mangel an umweltverträglicher, zuverlässiger und bezahlbarer Energie. Derzeit sind mehr als 1,5 Milliarden Menschen ohne Zugang zur Elektrizität, und ein wichtiger Grund dafür ist, dass Energie einfach zu viel kostet. Wäre Energie umsonst, wäre eine Versorgung natürlich einfach. Aber selbst wenn ein solcher Zugang auf Grundlage von fossilen Brennstoffen gewährleistet werden könnte – was plausibel, aber auch fragwürdig ist –, *sollte* die Deckung dieses Bedarfs an Zugang zur Energie aus Kosten- wie aus Sicherheitsgründen nicht dadurch gedeckt werden, dass man sich langfristig ausschließlich von fossilen Brennstoffen abhängig macht (Pielke Jr 2010).⁶

Die Versorgung der Welt mit riesigen Mengen von neuer Energie, um die zu erwartende wachsende Nachfrage zu befriedigen und gleichzeitig den Zugang zur Energie für die Menschen, die derzeit keinen haben, energisch voranzutreiben, setzt daher eine Diversifizierung des Angebots voraus. Diversifizierung über fossile Brennstoffe hinaus ist notwendig gleichbedeutend mit beschleunigter Entkarbonisierung. Eine solche Diversifizierung sollte daher einer der wichtigsten Anreize zur Entkarbonisierung der künftigen Energieversorgung sein.

Sodann müssen wir die politischen Deutungsrahmen und Maßnahmen für den Umgang mit kurzfristigen klimaverändernden Faktoren von denen für langfristige Faktoren trennen. Es gibt keinen offensichtlichen logischen Grund dafür, politische Maßnahmen zum Beispiel zur Reduzierung des Methangasausstoßes mit Maßnahmen zur Reduzierung von Halogenkohlenwasserstoffen zu verknüpfen. Die physikalischen Eigenschaften, die Quellen und die politischen Ansatzpunkte kurzlebiger klimaverändernder Faktoren – Ruß, Aerosole, Methangas und troposphärisches Ozon – unterscheiden sich erheblich von denen langlebiger Faktoren – Kohlendioxyd, Halogenkohlenwasserstoffe, Lachgas. In Teil III, in dem wir unsere Prioritäten für das politische Handeln darlegen, vertreten wir daher die Meinung, dass die frühzeitige Einwirkung auf nicht-CO₂-basierte

6 Insofern dürfte klar sein, dass wir die Diskussionen über „globale Öl-/Gas-/sonstige -Fördermaxima“ („peak oil“ usw.) für keinen weiterführenden Deutungsrahmen halten und ihn auch nicht anwenden. Diese Diskussionen werden oft im höchsten Dringlichkeits- und Katastrophenton geführt und sind dem Deutungsrahmen der “Grenzen des Wachstums” vom Anfang der 1970er Jahre verpflichtet, der an Glaubwürdigkeit verlor, als die vorhergesagten Zeitpunkte für verschiedene dieser „Maxima” ohne Katastrophen verstrichen waren, weil die Menschen sich etwas hatten einfallen lassen und/oder weil sich die Umstände unvorhergesehen verändert hatten (vgl. Eastin et al. 2010).

Klimatreiber Teil einer radikal anderen und radikal realistischen Reaktion auf unsere Ziele sein sollte.

Und drittens müssen wir, da der UNFCCC-Prozess diese Funktion nicht erfüllt hat, ein Umdenken anregen, das die Gesellschaften in die Lage versetzt, mit Klimarisiken besser umzugehen. Alle Gesellschaften sind in gewissem Maße schlecht an das Klima angepasst. Mit anderen Worten, Klimaextreme und Klimaschwankungen erlegen allen Gesellschaften Kosten auf (und erbringen natürlich auch Gewinne). Daher ist es wichtig, im Hinblick auf die vom Klima verursachten, aber vermeidbaren Kosten und Schäden Technologien, Institutionen und Umgangspraktiken zu entwickeln, und noch wichtiger, diese Anpassungsfähigkeit aufzubauen, während sich beide, das Klima wie die Gesellschaft, ändern – und damit auch die Risiken. Diese Initiativen und die Ausbreitung von Beispielen guter Anpassungsformen sind sinnvoll, ganz gleich, welche Meinung man dazu hat, wie stark sich Klimarisiken durch menschliches Handeln verändern lassen oder wie rasch sie sich selbst verändern. Anpassungsstrategien sollten von Entkarbonisierungsstrategien abgekoppelt werden.

Diese drei strategischen Ziele müssen – ja, dürfen – nicht zu einem einzigen, unmöglich zu bewältigenden Strategienpaket zusammengeschnürt werden, bei dem man schließlich nicht mehr weiß, welche Mittel welchen Zwecken dienen. Sobald die Zusammenhänge zwischen Zwecken und Mitteln nicht mehr zu erkennen sind, werden Strategiedebatten allzu leicht von Debatten überlagert, die von den eigentlichen Zielen ablenken, etwa vom Streit darüber, ob das Ziel der Vermeidung einer Erderwärmung von zwei Grad – oder jedes beliebige vergleichbare Ziel – wissenschaftlich fundiert ist oder nicht. Auch in dieser Hinsicht war die Diskussion in Kopenhagen aufschlussreich, die bei vielen NGOs und Ländern der „Südhalbkugel“ angesichts windiger Rhetorik über die Notlage des Planeten zu schierer Wut ausartete. Als die großen reichen Staaten sich weigerten, dem immer wieder geforderten Geldtransfer zuzustimmen, zeigte sich, wie unterschiedlich die Interessen und Agenden waren, die sich hinter dem utopischen Gerede von globalen und universalen Lösungen verbargen.

1 Unsere drei übergreifenden Ziele

1.1 Gewährleisten, dass es Zugang zur Energie für alle gibt

In seinem demnächst erscheinenden Buch *The Climate Fix* argumentiert Roger Pielke Jr, eine Festlegung auf die Erfüllung aller drei energiepolitischen Ziele – Zugang für alle, gesicherte Bereitstellung und niedrige Kosten – erfordere notwendigerweise die Diversifizierung der Energiequellen über fossile Brennstoffe hinaus. Diversifizierung wiederum bedeutet notwendigerweise beschleunigte Entkarbonisierung. Die Aussichten auf Diversifizierung verbessern sich deutlich, wenn kostengünstigere Alternativen zu fossilen Brennstoffen entwickelt werden können. Dies empfiehlt Google in seiner RE<C-Initiative⁷ („renewable energy at a cost less than coal“ – „erneuerbare Energien, die billiger sind als Kohle“), und auch Bill Gates hat kürzlich zu umfangreichen Investitionen in die Forschung und Entwicklung einer unter dem Preis für Kohle bleibenden, CO₂-armen Stromerzeugung einschließlich Atomenergie aufgerufen (Sutter 2010). In dieses Ziel müssen die Staaten ebenso viel Zeit und Geld investieren wie sonst in das Gesundheitssystem oder die nationale Sicherheit.

Die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Energieversorgung lässt sich vielleicht am besten am Beispiel der Gewährleistung des Zugangs zur Energie erklären. Aktuelle Schätzungen zufolge haben weltweit rund 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zur Elektrizität. Viele Szenarien für die „erfolgreiche“ Umsetzung von Minderungsstrategien (Mitigation) lassen eine unserer Meinung nach inakzeptable Zahl von Menschen buchstäblich im Dunkeln sitzen. Das *450 Policy Scenario* der *International Energy Agency* (IEA, Internationale Energie Agentur) von 2009 sieht eine Stabilisierung des globalen CO₂-Ausstoßes bis 2030 bei 450 ppm vor; doch bleiben dabei weltweit 1,3 Milliarden Menschen nach wie vor ohne Zugang zur Elektrizität. Für energiearme Länder mit großen Bevölkerungen ergibt sich aus solchen Szenarien unweigerlich das Bild von den reichen Ländern, denen die Emissionsreduktion wichtiger ist als die ökonomische Entwicklung im Rest der Welt. Indien zum Beispiel hat schon lange klar gemacht, dass es keine klimabezogene Strategie attraktiv finden wird, die nicht

7 www.google.org/rec.html

auch grundsätzliche Probleme der Ungleichheit angeht (Agarwal und Narain 1991; Rajamani 2007). Wir meinen, über eine Milliarde Menschen, die 2030 immer noch ohne Zugang zur Elektrizität sind, bedeutet, dass die entsprechende Strategie nichts taugt. Wenn der Energiezugang auf die Mehrheit derer ausgeweitet werden soll, die ihn heute nicht haben, und zugleich das erwartete Wachstum des Energiebedarfs im Rest der Welt aufgefangen werden soll, müssen die Energiekosten notwendig sinken. Bei hochwertigen fossilen Brennstoffen ist die Marktlage bereits heute angespannt. Sollte der – nur allzu wahrscheinliche – Versuch gemacht werden, diese neue Nachfrage erst einmal mit fossilen Brennstoffen zu befriedigen, dürfte also eher das Gegenteil eintreten: Die Kosten würden steigen. Alternativen zu fossilen Brennstoffen müssen daher billiger werden. Und dazu ist Innovation nötig (vgl. Subramanian 2009).

1.2 Gewährleisten, dass es stabile, vor Klimatreibern aller Art geschützte Umwelten gibt

Die meisten existierenden Klimastrategien gehen von der Vorstellung aus, dass klimapolitische Maßnahmen vor allem dazu dienen sollen, die schädlichen Einwirkungen der Menschen auf das Klima zu reduzieren, und dass dabei der eine oder andere Nebenertrag abfällt, der jedoch sekundär ist – wünschenswert, aber kein zentrales Anliegen. Wir halten uns an „Capability“ Browns Rat und meinen, dass diese Logik umgekehrt und auf kurzfristige, konkrete, politisch attraktive Erträge für kurzfristige Investitionen ausgerichtet werden muss. In dieser Hinsicht ist die wichtigste Begründung für die im Folgenden formulierten strategischen Ziele die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen – durch die Gewährleistung eines kollektiven Nutzens in entwickelten wie in Entwicklungsländern und durch den schonenden Umgang mit dem vielfältigen Naturgut der Tropenwälder. Dass jedes dieser strategischen Ziele Nebenerträge für die Reduktion des Ausmaßes der von Menschen verursachten Einwirkungen auf das Klimasystem hat, sollte als ein wünschenswerter, aber nicht entscheidender Nebenertrag angesehen werden.

Rußemissionen beseitigen⁸

Ruß gefährdet die Volksgesundheit. Jedes Jahr sterben rund 1,8 Millionen Menschen an Ruß aus Bränden in geschlossenen Räumen. Ruß trägt außerdem regional und global zur Erderwärmung bei und macht 5% bis 10% aller menschlichen Eingriffe in das Klimasystem aus, mit Folgen vor allem für das Schmelzen des arktischen Eises. Nach konservativen Schätzungen verursacht eine Tonne Ruß über eine Zeitspanne von 100 Jahren das 600-fache der von einer Tonne Kohlendioxid verursachten Erwärmung. Rußemissionen können durch gezielte und strikt durchgesetzte Regulierung fast ganz beseitigt werden (Bond und Sun 2005; Reynolds und Kandlikar 2008). Dies hätte relativ rasche Rückwirkungen auf die Umwelt und immense positive Folgen für die Volksgesundheit und vor allem für die Gesundheit der ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern. In Teil III werden wir auf diesen Ansatz näher eingehen.

Troposphärisches Ozon reduzieren

Die schlechte Luftqualität im Umfeld von Städten wird durch Emissionen von Kohlenmonoxid, Stickoxid, Methan und anderen flüchtigen organischen Verbindungen verschärft. In der Troposphäre reagieren diese Gase und bilden Ozon, das für Menschen und Pflanzen einschließlich der Nutzpflanzen schädlich ist. Der jährlich durch dieses Ozon bei Nutzpflanzen verursachte Schaden wird auf 14 bis 26 Milliarden US-Dollar beziffert. Troposphärisches Ozon trägt 5% bis 10% zu den von Menschen verursachten Klimaschäden bei. Durch eine rigorose Umsetzung von Luftverschmutzungsrichtlinien und die Entwicklung von effizienteren städtischen Verkehrssystemen könnte der Ausstoß dieser Ozon-Vorläufergase mehr als halbiert werden. Die Gesundheit der Menschen in entwickelten wie in Entwicklungsländern würde verbessert. Die Reduzierung der schädlichen Einwirkungen der Menschen auf das Klima ergäbe sich dabei als Nebeneffekt (IPCC 2007, Abb. 2.22, S. 206).

8 Zu Diskussionen, wie und warum das möglich ist: (Grieshop et al. 2010, S. 533–534).

Den Schutz der Tropenwälder wirksam verbessern⁹

Tropenwälder sind ein entscheidendes Gut für die Zukunft der Menschheit nicht nur als CO₂-Speicher, sondern auch durch ihren Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt, ihre Holz- und Nicht-Holz-Produkte und ihre allgemeineren Funktionen als Lebensgrundlage der dort heimischen Völker. Der Umgang mit den Tropenwäldern sollte nicht über eine einzige, alles umfassende Klimakonvention geregelt werden, wo er sich in den Komplexitäten der Reduktion des industriellen Kohlendioxidausstoßes zu verfangen droht, sondern so gestaltet werden, dass er dem Gesamtwert dieser Ökosysteme Rechnung trägt. Probleme der Entwaldung sollten von der *Framework Convention on Climate Change* (FCCC, Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen) abgekoppelt werden.

1.3 Gewährleisten, dass die Gesellschaften mit dem Klimarisiko leben und umgehen können („Anpassung“)

Die Geschichte der Menschheit könnte als die Geschichte ihrer Emanzipation von natürlicher Variabilität und natürlichem Wandel geschrieben werden. Heute leben in allen Klimazonen der Erde signifikante Populationen von Menschen. Technologische Innovationen (z.B. Klimaanlage, Gebäudekonzepte, Nutzpflanzenvarianten) und kulturelle Innovationen (z.B. Muster der Sozialkontakte, Ernährung), die sich mal schneller, mal langsamer entwickelt haben, stehen für ihre Fähigkeiten zur Anpassung an eine große Bandbreite von Klimaverhältnissen. Der kulturelle Wandel hat größere Teile der Welt für Menschen bewohnbar gemacht.

Anpassung verdankt jedoch ihre Wirksamkeit im Laufe der menschlichen Geschichte der relativen Stabilität der klimatischen Verhältnisse, die meist, wenn auch nicht immer, nur innerhalb bestimmter, erwartbarer Grenzen variabel waren. In geschichtlichen Zeiten wurde die Fähigkeit von europäischen Gesellschaften, mit extremen Klimaverhältnissen zu leben, durch starke Abweichungen von den erfahrenen Klimanormen, etwa die bitter kalten Winter des sechzehnten bis achtzehnten Jahrhunderts, auf eine harte Probe gestellt; davon zeugen zum Beispiel Breughels Gemälde der Wintervergnügen. Die Bandbreite der modernen

9 Zu Diskussionen darüber, wie über den Forschungs-, Entwicklungs- usw. -mechanismus hinauszukommen wäre: (Venter et al. 2009, S. 1368; Persson und Azar 2010, S. 210–215)

Klimaverhältnisse ist für die Anpassung Verheißung und Herausforderung zugleich. Doch in der Geschichte der klimapolitischen Regelungen bleibt die Anpassung der verachtete arme Vetter der Emissionsreduktion (Gore 2007; von Storch 2009). Anpassung zielt auf die Vermeidung von Verlusten (und die Nutzung von Chancen). Sie ist daher eine aktive Reaktion auf einmal erkannte Risiken (Luhmann [1993] 2005).

Anpassung und Minderung sind keine fragwürdigen Kompromisse, sondern komplementäre Strategien. Die Kategorie der Risiken, die mit Anpassung am besten zu bewältigen sind, ist mit Sicherheit viel umfangreicher, als der „Kyoto“-Ansatz wahrhaben will, der die Anpassung (fälschlich) als den Preis für eine gescheiterte Minderung und also als etwas dargestellt hat, was zu vermeiden ist. Da der „Kyoto“-Weg in Kopenhagen effektiv an sein Ende gekommen ist, ist es nun an der Zeit, die Anpassungsstrategien sehr viel energischer voranzutreiben. Anpassung ist vor allem eine Entwicklungsaufgabe. Wie die Minderung muss auch sie auf vielerlei Wegen und Ebenen verfolgt werden, wie an anderer Stelle im Einzelnen dargelegt wurde. In diesem Papier konzentrieren wir uns allerdings auf Empfehlungen zu Energie und Entkarbonisierung. Dies ist als Indikator nicht für eine geringere Priorität, sondern für eine Ökonomie der Kräfte zu interpretieren; tatsächlich haben mehrere der an diesem Papier beteiligten Autoren schon lange besondere Anstrengungen darauf verwendet, Anpassungsstrategien zu propagieren, und werden dies auch weiter tun. Daher wird für sie an anderer Stelle ausführlicher geworben (Rayner und Malone 1998, S. 109–38; Parry et al. 1998, S. 741; Sarewitz und Pielke Jr 2000, S. 55–64; Pielke Jr et al. 2007, S. 597–598).

2 Wie der Klimawandel von 1985 bis 2009 systematisch missverstanden wurde, und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind

Der „Kyoto“-Ansatz wurde mit Hilfe rascher Anleihen bei der Praxis der Vergangenheit zusammengebaut, während Ozon, Schwefeldioxidemissionen und Atombomben anderen Vertragsformen überlassen blieben. Es ist auch durchaus verständlich, dass die stark unter Druck stehenden Regierungsvertreter des Erdgipfels in Rio 1992 nach Beispielen für Abkommen suchten, die funktioniert

hatten – das Montreal-Protokoll, das START-Abkommen, die US-internen Regelungen zur Reduktion der Schwefeldioxidemissionen –, um daraus auf Geheiß ihrer politischen Herren das Gerüst für den radikal neuen Versuch einer Klimaregulierung zusammenzuzimmern. Auch war das für sie nichts Neues: Schrittweise Anleihen bei vergangenen Erfolgen sind unter solchen Umständen das tägliche Brot der Diplomaten.

Die Aufgabe wurde auf das zugeschnitten, was Nordhaus und Shellenberger (2007, S. 105-129) das „Verschmutzungsparadigma“ nennen. Aber in diesem Falle waren die Anleihen strukturell wenig stichhaltig (Prins und Rayner 2007, S. 13-21). Sie sind zwar oberflächlich plausibel, aber nicht auf die von den Autoren angenommene Weise, denn all dies waren „tame problems“ (das heißt, kompliziert, aber mit klar definierten und erreichbaren Endzuständen), während der Klimawandel ein „wicked problem“ ist (das heißt, ein „tückisches“ Problem, das offene, komplexe und ungenügend erforschte Systeme umfasst). Die ursprünglich von Rittel und Webber (1973) im Kontext von Stadtplanung beschriebenen „wicked problems“ sind Probleme, die oft so formuliert werden, als wären sie lösbar, es aber in Wirklichkeit nicht sind (zur Anwendung auf die Klimaproblematik, siehe Rayner 2006). Bei der Entwicklung der „Kyoto“-Strategie hielt man technisches Wissen als Grundlage für ausreichend; aber „wicked problems“ erfordern ein grundlegendes Verständnis ihrer Einbindung in soziale Systeme, ihrer nicht reduzierbaren Komplexität und ihrer Unlösbarkeit. Das ist ein entscheidender Gegensatz, auf den wir weiter unten noch zu sprechen kommen werden.

Die Folge dieses Missverständnisses war ein von Grund auf falscher Deutungsrahmen, in dem der *Klimawandel als ein konventionelles, „lösbares“ Umwelt-, „problem“ dargestellt wurde*; was er beides nicht ist.

Der Klimawandel kam als politisches Problem nach dem Fall der Berliner Mauer auf. Trotz einiger zur Vorsicht mahnender Stimmen (Gerlach und Rayner 1988, S. 15-18) verfestigte sich bald die Vorstellung, dass der Klimawandel eine globale Bedrohung darstelle, die eine koordinierte globale Lösung erfordere. In *The Wrong Trousers* identifizierten Prins und Rayner die irreführenden Analogien zu anderen internationalen und Umweltproblemen, welche die FCCC- und „Kyoto“-Architektur bestimmten. Insbesondere das Konzept der „epistemic community“, also einer auf einem gemeinsamen Verständnis des Problems beruhenden Wissenschaftlergemeinde (Haas 1992), das in politischen Kreisen umging, verstärkte die Vorstellung, dass eine gemeinsame Diagnose des „Klima-

problems“ erforderlich sei, um politisch voranzukommen. Diese Ansicht wurde unterstützt durch die herausragende Rolle, die zum Beispiel das wissenschaftliche *Ozone Trends Panel* bei der Ausgestaltung der Bestimmungen zum Schutz der Ozonschicht spielte, oder durch die Rolle der Wissenschaft bei der Ausgestaltung des *Med Plan* zur „Rettung des Mittelmeers“, was beides keine „wicked problems“ waren.

Statt als Einzelproblem, das gelöst werden muss, ist der Klimawandel eher als eine anhaltende Problemlage zu verstehen, mit der umgegangen werden muss und mit der sich doch nur teilweise mehr oder weniger – eher weniger - gut umgehen lässt (Malone und Rayner 1998; Hulme 2009, S. 359-364). Er ist nur Teil eines größeren Kontextes solcher Problemlagen, zu denen unter anderem Bevölkerung, Technologie, Ungleichverteilung von Reichtum, Ressourcennutzung usw. gehören. Insofern ist er auch nicht einfach ein „Umwelt“-problem. Axiomatisch ist er ebenso sehr ein Energieproblem, ein Problem der wirtschaftlichen Entwicklung oder ein Problem der Landnutzung, und sich ihm über diese Zugangswege zu nähern, könnte besser sein, als ihn als ein Problem zu begreifen, bei dem es darum geht, das Verhalten des Klimas der Erde dadurch in den Griff zu bekommen, dass man die Art und Weise verändert, wie Menschen Energie nutzen. Dies schlägt sich in dem radikal neuen Deutungsrahmen nieder, mit dem wir in diesem Papier arbeiten.

Was ein Problem zu einem „wicked problem“ macht, ist die Unmöglichkeit, es definitiv zu formulieren: Die Informationen, die man braucht, um das Problem zu verstehen, sind abhängig von der Vorstellung, die man von seiner Lösung hat. Darüber hinaus haben „wicked problems“ keine Abbruchregel: Wir können nicht wissen, ob wir genug verstanden haben, um jedes weitere Bemühen um Verstehen einstellen zu können. In interagierenden offenen Systemen, deren bestes Beispiel auf dieser Welt das Klima ist, sind die Kausalketten endlos. Daher kann jedes „wicked problem“ als Symptom eines anderen Problems verstanden werden (Prins und Rayner 2007, S. 13f.).

Für die Politiker ist das frustrierend. Also reagieren sie auf „wicked problems“ häufig, indem sie ihnen den „Krieg“ erklären, um kurzen Prozess mit ihnen zu machen und dann zur Tagesordnung überzugehen. Tatsächlich ist jede eher metaphorisch als wörtlich gemeinte „Kriegserklärung“ ein sicheres Zeichen dafür, dass das betreffende Problem „wicked“ ist. So haben wir den Krieg gegen den Krebs, gegen die Armut, gegen Drogen, gegen Terror, und nun den Krieg gegen den Klimawandel.

Das Hartwell-Papier

Eine Neuausrichtung der Klimapolitik an der
Menschenwürde

Stehr, N. (Hrsg.)

2015, X, 61 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-07459-3